

Der Ilmenauer Wasser- und Abwasserzweckverband hat immer noch nicht erkannt, dass er für die Bürgerinnen und Bürger Dienstleister und Treuhändler ist.

Zoff mit Wasserverband: Erpressung von Amts wegen?

Die Anlieger der Gehrener Heidestraße fühlen sich vom Ilmenauer Wasserzweckverband vor vollendete Tatsachen gestellt: Bis Mitte 2013 sollen sie sich vollbiologische Kläranlagen bauen lassen.

Von Gerd Dolge

Gehren - Kurze, eher unpersönliche Dialoge zur Einwohnerversammlung in Gehren am Montagabend zwischen den Anwohnern der Heidestraße und den Vertretern des Wasser- und Abwasserverbandes Ilmenau (Wavi) entwickelten sich zu einer fulminanten Redeschlacht. Auslöser waren völlig unerwartete und in keiner Weise angekündigte Bescheide des Wavi, nach denen die Anwohner der Heidestraße bis zum 15. Juni 2013 für ihre Häuser eine vollbiologische Kläranlage zur Abwasserbehandlung errichten sollen.

Ursache für des Ganzen sei eine Begehung des künftigen Radweges an der Heidestraße mit Bauamts-Chef Hans Peter Escher, Unterer Wasserbehörde und der Wavi gewesen, so war am Abend zu erfahren. Angesichts einer "undefinierbaren Brühe" im Graben neben dem Bahn- und späteren Radweg-Damm habe Escher gefordert: "Das muss weg."

"Blieb nichts anderes übrig"

Für den Zweckverband, so dessen Technischer Leiter Abwasser Jürgen Thurmann, Anlass, den vermeintlichen Verursachern dieser "Brühe", den Bescheid zuzusenden. "Eine andere Lösung gibt es nicht", so Thurmann. Bestandschutz hätten die Anlagen bei Veränderung auch nicht. Der Wavi selbst verfüge über keine Finanzen, diese Häuser außer der Reihe an das Abwasserkanalsystem anzuschließen. Der Zweckverband richte sich nach dem Gesetz und den Verordnungen und im langfristigen Konzept sei die Abwasserbehandlung in der Heidestraße erst nach 2024 vorgesehen, so die geballte Auskunft des Wavi.

Das Fatale an dem Bescheid - der Wavi schrieb, dass die vollbiologische Anlage auf Forderung der Stadt, errichtet werden müsse. "Uns blieb gar nichts anderes übrig", erklärte dabei Thurmann beinahe unschuldig. Allerdings vergaß er zu erwähnen, dass er auch versäumt hatte, die Stadt Gehren von seinem Bescheid und dessen Inhalt zu unterrichten. "Aus unserer Sicht gab es nach der Forderung des Bauamtsleiters keine andere Möglichkeit", unterstrich Thurmann seine Erklärung. "Wir mussten so handeln, weil uns die Untere Wasserbehörde dazu verpflichtet hat."

Selbst wenn das zuträfe, so bezweifelte Bürgermeister Ronny Bössel, der von der Entwicklung eines zweiten "Abwasserproblems" in seiner Stadt nach dem Tohuwabohu im Ortsteil Jesuborn (wir berichteten) überrascht wurde, "kommt es immer noch auf die Verfahrensweise an". Außerdem fand er es "sehr seltsam, wenn sich die eine Behörde hinter den Auflagen der anderen Behörde versteckt". Warum wurden nicht einmal die Bedingungen

vor Ort geprüft. Jürgen Thurmann darauf: "Eine Überprüfung wäre egal. Es bliebe bei diesen so genannten Klein-Einleitern in der Heidestraße bei den vollbiologischen Anlagen."

Auf die Frage eines Anwohners, warum denn nicht eine gemeinsame vollbiologische Anlage für alle Anwohner errichtet werden könne, antwortete Thurmann: So etwas bauen wir nicht; das ist in den Konzeptionen nicht vorgesehen; es gibt Konzepte für die nächsten Jahre, aber nicht mit der Heidestraße.

Selbst auf die Frage von Bürgermeister Ronny Bössel, was denn dagegen spräche, sich wenigstens einmal die Klärgruben bei den Anliegern anzuschauen, wimmelte Thurmann mehr oder weniger gleich ab: Das nütze sowieso nichts.

Nach Lösung suchen

Erst weitere massive Wortmeldungen von den Anwohnern und den Zuhörern schienen die Abwehrhaltung der Wavi-Vertreter aufzuweichen. Stadträtin Angelika Minner baute auch noch eine Brücke: Es wäre doch eine schöne Geste seitens des Wavi, erstens die Bescheide zurückzunehmen und danach gemeinsam nach einer akzeptablen Lösung zu suchen.

Dazu abschließend Wavi-Chef Manfred Engelhardt mit seinem einzigen Satz in einer Drei-Stunden-Veranstaltung: "Wir werden das prüfen."

18.07.2012